

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	429
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	919/2021
		GZ:	S/OB
Sitzungstermin:	14.12.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Maier-Geißer (S/OB-Mobil)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	E-Lastenradförderung - Rückblick E-Lastenradförderung für Stuttgarter Familien seit 2018 - Fortschreibung der Förderrichtlinien		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 30.11.2021, GR Drs 919/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der als Anlage 1 beigefügten Förderrichtlinie "E-Lastenrad für Stuttgarter Familien 2022/2023" wird zugestimmt.
2. Dem unter Ziffer 3 der Begründung vorgestellten, langfristig angelegten E-Lastenrad-Vermietsystem "Stuttgarter Rößle" wird zugestimmt. Die monatliche Miete wird auf
 - 20 Euro/Monat für Haushalte mit einer Bonuscard + Kultur,
 - 30 Euro/Monat für Haushalte mit FamilienCard und
 - 55 Euro/Monat für allen anderen Stuttgarter Haushalten festgelegt.
3. Der Oberbürgermeister wird gem. § 44 Abs. 2 Satz 1 Var. 3 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) dazu ermächtigt, die zur Umsetzung der Ziffer 2 notwendigen Verträge abzuschließen, Maßnahmen zu verlassen und entsprechende Detailregelungen zu treffen.
4. Die Auszahlungen für die fortgeschriebene und zusammengeführte Förderrichtlinie "E-Lastenradförderung für Stuttgarter Familien" und des Vermietsystem "Stuttgar-

ter Rössle" werden aus den hierfür in den Jahren 2022 und 2023 veranschlagten Mitteln i. H. v. 406.000 Euro p. a. im Teilfinanzhaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Projekt-Nr. 7.109851 - E-Lastenräder für Stuttgarter Familien, AuszGr. 781 - Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte gedeckt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) dankt der Fachverwaltung, namentlich Herrn Maier-Geißer, für die Arbeit, die hinter der E-Lastenradförderung steckt. Die Förderung sei ein großer Erfolg. E-Lastenräder würden ohne diese Förderung keine so große Rolle in der Stadt spielen, wie sie es mittlerweile tun. Diese beruhe auf einer Initiative des Gemeinderats, welche vor allem von seiner Fraktion bzw. den STAdTISTEN ausgegangen sei. Was die mögliche Anhebung auf 5.500 EUR für die geförderten Räder für Familien mit FamilienCard und BonusCard angeht, macht er darauf aufmerksam, dass es schon seit ca. eineinhalb Jahren eine Ungleichheit gebe, weil unter 4.000 EUR kaum ein E-Lastenrad zu kaufen sei, das für Stuttgart brauchbar wäre. Er fragt, ob rückwirkend noch die Möglichkeit besteht, für diejenigen, die die Förderung schon bekommen haben, zumindest für einen gewissen Zeitraum diese Anhebung in Anspruch zu nehmen. Weiter moniert er die in der Vorlage angekündigte Vorbereitung des Auslaufens der Förderung für das Jahr 2024. Der Rat habe darüber noch in keiner Form diskutiert.

Weiter moniert er die Mietkosten von monatlich 20 EUR im Jahr für Haushalte mit einer BonusCard plus die Kautionshöhe von 200 EUR als relativ hoch. Nachdem keine Vorberatung dieser Vorlage stattfinden kann, um über die Höhe der Beträge zu diskutieren, bittet er darum, zumindest die Nachfrage bei dieser Gruppe zu beobachten und erforderlichenfalls nach einem halben Jahr nachzusteuern. Darüber hinaus möge man darüber nachdenken, systematisch sichere Abstellbereiche für E-Lastenräder zu schaffen, da es bisher keine Infrastruktur in Stuttgart dafür gebe. Er regt an, Abstellplätze insbesondere nahe den Orten, wo das Lastenrad viel genutzt wird, zu schaffen. Auch aus Versicherungsgründen sei es wichtig, hier Angebote zu machen.

Für StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) ist die E-Lastenradförderung für Familien eine enorme Erfolgsgeschichte der Stadt Stuttgart, die auch auf die Idee der GRÜNEN zurückzuführen sei. Es zeige sich, dass viele sich trotz der hohen Anschaffungskosten ein E-Lastenrad anschaffen und das, obwohl die Förderung nicht alles abdeckt. Auch sie ist überzeugt, dass man noch viel mehr solcher Räder in Stuttgart hätte, wenn die Leute einen Platz hätten, wo sie diese sicher abstellen können. Diesen Mangel gelte es dringend zu beseitigen. Auch die übrige Infrastruktur sei dem Verkehr mit Lastenfahrrädern nicht gewachsen. So seien die Radstreifen und -wege zu schmal und die Verkehrsinseln zu kurz. Weiter erinnert sie daran, dass über die Sozialförderung von E-Lastenrädern für Bonuscard-Empfänger und über die Frage, wie es organisiert werden kann, dass man ein Angebot macht und prüft, ob es so funktioniert oder nicht, sehr wohl diskutiert worden sei. Ihre Fraktion sei bereit, ein solches Angebot jetzt auszuprobieren, und begrüße auch, immer wieder etwas Neues auszuprobieren, wie z. B. E-Dreiräder. Sie unterstreicht abschließend, die GRÜNEN hätten nicht im Sinn, die E-Lastenradförderung auslaufen zu lassen. Die Förderung sei jedoch immer wieder anzupassen, um sich immer wieder neue Bereiche zu erschließen.

StR Körner (SPD) geht ein auf die Quote von 21 % im Jahr 2020 und von 28 % der Familien im Jahr 2021, die eine Sozialförderung beantragt haben. Er möchte wissen, welcher Teil davon auf die Familiencard entfällt und welcher Teil auf die BonusCard.

StRin Köngeter (PULS) macht auf den Haushaltsantrag ihrer Fraktionsgemeinschaft für den Nachhaltigkeitsbonus aufmerksam, der momentan nicht enthalten sei, und bittet das Haushaltsbündnis darüber nachzudenken, diesem Antrag doch noch zuzustimmen.

StR Goller (AfD) zollt jedem Respekt, der es schafft, einen Gutteil seiner Privatlogistik aufs Lastenrad zu legen. Zu fragen sei, wie verhältnismäßig sind die Mittel? "Für eine halbe Million Euro im Jahr könnte man immerhin einen kleinen 'X 1,2,3-Bus' betreiben oder einen extralangen Tunnel am Knotenpunkt B10/B27, um die Größenordnung einmal darzustellen". Er sieht die Notwendigkeit, eine Auswertung zu machen, was der Nutzen ist, und fragt, inwiefern Schäden durch Unfälle, Vandalismus und Verschleiß in diesen Gesamtmitteln enthalten sind.

Herr Maier-Geißer nimmt zu den Anmerkungen und Fragen Stellung: Die rückwirkende Gewährung eines Zuschusses sei absolut unüblich, stelle ein Zuschuss doch ein Motiv dafür da, etwas zu tun. Wenn etwas schon getan ist, sei es nicht zielführend, nachträglich einen Zuschuss zu gewähren. Zutreffend sei, dass es durchaus Fahrräder gab, die unter der ehemaligen Grenze und unterhalb der jetzigen Grenze von 4.000 Euro lagen. Dieses Preissegment wurde aber immer kleiner, weswegen man geschaut habe, "was ist eine neue Golf-Klasse im Lastenrad-Bereich?" und die Wertgrenze auf 5.500 Euro angepasst habe.

Zum Thema Auslaufen der Förderung lautet seine Meinung, eine Förderung könne nicht zeitlich unbegrenzt laufen. Es sei nicht die Aufgabe einer Kommune, in die Wirtschaft dauerhaft einzugreifen. Deswegen habe er in der Vorlage formuliert, dass an ein Auslaufen gedacht ist, zumal davon auszugehen sei, dass über die Zeit ein nennenswerter Gebrauchsfahrzeug-Markt in diesem Bereich entsteht, sodass Leute, die sich ein neues Lastenrad nicht leisten können, sich auf diesem Markt ein günstiges Lastenrad kaufen können.

Die Miete betreffend räumt er ein, die in der Vorlage genannten Mietpreise seien politische Preise, über die man trefflich streiten könne. Daher sei ihm wichtig, dass der Gemeinderat diesen Preis kennt und für gut und richtig empfindet. Wenn dieser Preis nicht passt, versichert er, werde man entsprechend nachsteuern. Beim Thema Kautions tue er sich schwer, da die entsprechende Gruppe kaum über finanzielle Reserven verfüge, um eine Kautions zu hinterlegen. Andererseits sei es ein erheblicher Vermögensgegenstand von mehr als 4.000 Euro, den man für schmales Geld ausgibt, weswegen man eine Hemmschwelle im finanziellen Sinne einbauen müsse, "damit Personen in dieser Gruppe, die durchaus Schwierigkeiten haben zu unterscheiden zwischen mein und dein, wir dazu kriegen, das Lastenrad anders zu behandeln, wenn nicht gar zu verkaufen".

Was die Infrastruktur angeht, so säßen die dafür zuständigen Bürgermeister mit im Raum. Er wisse, dass alle Fachreferate die Radinfrastruktur auf dem Schirm haben. In den nächsten Tagen werde man eine Umfrage zu diesem Thema veröffentlichen, wo klar zum Ausdruck komme, dass über 80 % der Lastenradfahrenden zuhause das Rad sicher abstellen. "Sicher heißt: Im Hinterhof oder in einer Garage." 83 % der Lastenradfahrenden schließen ihr Rad immer an, wenn sie es nicht zuhause abstellen.

Er freut sich über das Lob von StRin Dr. Lehmann und sagt zu, dass man nachsteuern werde, wenn irgendetwas nicht so laufen sollte, wie man es sich wünscht. Weiter sagt er zu, die Frage von StR Körner im Nachgang bilateral zu beantworten. Nach seinem Gefühl liege die Quote etwa bei 40 : 60 zugunsten der Familiencard. Den PULS-Antrag betreffend verweist er auf die erfolgte Beantwortung in den Haushaltsplanberatungen. Demnach gebe es die gute Vereinbarung mit der Stadtkämmerei, dass der Nachhaltigkeitsbonus "für uns als Referat" unschädlich finanziert wird. Seitens des Referats stelle man 40.000 Euro aus dem Budget zur Verfügung, für alles was darüber hinausgeht, kümmere sich die Kämmerei darum, wo sie das Geld hernimmt. Persönlich habe er keinen Schmerz damit, wenn am Ende des Jahres noch Geld aus dem 406.000 Euro-Budget übrigbleibt, den Nachhaltigkeitsbonus daraus zu finanzieren.

Zur Frage von StR Goller teilt er mit, die Entwicklung sei in der Vorlage enthalten, werde aber zusätzlich auch in der angekündigten Umfrage deutlich und mit Zahlen hinterlegt. Für eine Versicherung sei jeder Lastenradfahrende selbst verantwortlich, genauso wie dafür, wie er sein Rad pflegt oder wie er mit Vandalismus-Schäden etc. umgeht. Bei Bonuscard-Empfängern werde man einen Versicherungsschutz anbieten.

Herr Oehler (ASW) informiert, Fahrradabstellanlagen werden von einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe bearbeitet. Es werden situationsangebracht und nachfrageorientiert auch Abstellanlagen für Lastenräder untergebracht. Mitgenommen habe man, dass man sich verstärkt um Bereiche kümmern soll, wo es Geschäfte und Läden gibt, zentrale Bereiche, und dort verstärkt Abstellplätze für Lastenfahrräder schaffen.

Es gebe in Stuttgart nur wenige Läden, die Lastenfahrräder verkaufen, so StR Pantisa-no. Nenne man dort den Zweck und Bedarf, wie man ihn in Stuttgart hat, z. B. Kinder in die Kita bringen und Einkauf, so kämen schon aufgrund der Topografie nur bestimmte Lastenfahrräder infrage, und alle diese Räder hätten einen Kaufpreis von über 4.000 Euro. Er bedauert die Aussage, wonach eine nachträgliche Förderung nicht erfolgen soll. Die FrAKTION sehe Mobilität als Gemeinwohlaufgabe, und dazu zählen auch Lastenfahrräder. Mit Blick auf das Erreichen der Klimaziele halte man es deshalb für nicht sinnvoll, bereits heute über ein Auslaufen dieser Förderung nachzudenken.

StR Goller möchte wissen, wie viele Autos durch Lastenfahrräder eingespart werden. Herr Maier-Geißer antwortet, diese Zahl könne man in ungefähr drei Jahren nennen, weil dann die entsprechenden Familien den Antrag auf Nachhaltigkeitsbonus gestellt haben. Vor etwa drei Jahren habe die Lastenfahrradförderung so richtig begonnen, sodass die Anträge in den nächsten Tagen und Wochen eingehen werden. Man gehe davon aus, dass mindestens ein Drittel derjenigen, die gefördert wurden, den Nachhaltigkeitsbonus beantragen werden.

BM Pätzold stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt bei 1 Enthaltung einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat SI
Sozialamt (2)
 4. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion